

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19260902

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Preis 10 ₭

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2 Feiertagen.
Bezugspreis: Monatlich 2,00 M., ohne Sachsendruck 2,25 M.
Wochentlich 0,70 M., ohne Sachsendruck 0,85 M., für Adressen
0,65 M., ohne Sachsendruck 0,50 M. Auch durch die Post zu beziehen.
Redaktion: Schulstraße 11, erster Stock. Fernsprecher: 616 1091 und 1092.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Engelmann. 616 1091.
Verlagsanstalt: Schulstraße 11, Erdgeschoss. Fernsprecher: 616 1092.
Verlagsdirektor: Schulstraße 11, 1. Etage. Fernsprecher: 616 1091 u. 1092.

Nummer 242 Donnerstag, 2. September 1926 52. Jahrgang

Das kommende Kleinfalibergefeß

Mit verächtlichem Eifer verkündet die gesamte bürgerliche Presse, das Reichskabinett bereite eine gründliche gesetzliche Regelung der „Kleinfaliberfrage“ vor. Bekanntlich ist der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung so, daß Kleinfaliberwaffen so ziemlich von jedem geführt werden dürfen, der dazu Lust und Geld hat; von dem so geschaffenen Möglichkeit, sich für den Bürgerkrieg zu rüsten, haben die schwarz-weiß-rotten Verbände aller Art den umfangreichsten Gebrauch gemacht, und auch, wo die Pistolenhände verboten worden sind, wie zum Beispiel in Preußen, kann man es nach den gesetzlichen Bestimmungen kaum hindern, daß die einzelnen Mitglieder der aufgelösten Verbände sich auch weiterhin Kleinfaliberwaffen besorgen. So ist alles, was im Bürgerium rechtlich steht, bis an die Zähne bewaffnet, während die verfassungsmäßige Bevölkerung wehrlos ist. Vorherrschaft dieser Zustände schon lange besteht und in der Presse immer wieder zur Sprache gebracht worden ist, fand die Regierung bisher niemals einen Anlaß, dem Uebel abzuhelfen. Nun mit einem Mal soll eingegriffen werden.

Nachdem die Reichsregierung den Bürgerkriegsvorbereitungen solange untätig zugehört hat, ist es auffällig, daß sie nun plötzlich eingesehen haben soll, daß es nicht weiter ginge. Sollten es wirklich die allgemohnten Klüften der Rechtsprechung sein, die ihr auf die Nerven fallen? Oder fürchtet sie, es könnten auch die Kreise der verfassungstreuen Arbeiterschaft auf den Gedanken kommen, Kleinfaliber, „pori“ zu treiben? Das Reichsbanner hat zwar eine Bewaffnung seiner Mitglieder abgelehnt, aber den einzelnen Kameraden gestattet, einzeln oder gruppenweise sich Kleinfaliberwaffen zu beschaffen. Von dieser Erlaubnis ist bisher wenig Gebrauch gemacht worden, aber die Zahl der Kleinfaliberbesitzer in den Reihen der verfassungstreuen Arbeiterschaft ist immerhin im Zunehmen. Das Kleinfalibermonopol der Schwarz-Weiß-Noten ist also in Gefahr, durchbrochen zu werden. Das ist offenbar das Stichwort für die Reichsregierung, mit einem Gesetzentwurf auf dem Plan zu erscheinen. Unwillkürlich fragen wir uns: Soll das Gesetz den Kleinfaliberbesitz geächtet oder nur die lästigen Eindringlinge fernhalten? Soll es dem Waffentragen überhaupt ein Ende machen oder soll es nur die Bewaffnung der Republikaner verhindern?

Was man über den Inhalt des Entwurfs hört, muß mehr als bedenklich stimmen. Das Naturgebot wäre ein glattes Verbot aller Kleinfaliberwaffen. Ausnahmen — etwa für Jäger oder Einwohner abgelegener Gebiete — müßten der staatlichen Genehmigung für jeden einzelnen Fall bedürfen, die nur ganz selten und nach genauer Prüfung erteilt werden dürfte. Jeder unbefugte Waffenbesitz müßte mit strengen Strafen bedroht werden. Aber nichts Derartiges wird beabsichtigt. Nur „politischen Vereinen“ soll verboten werden, sich zu bewaffnen. Das ist für die Rechte bedeutungslos, denn ihre Vereine behaupten ja samt und sonders, „unpolitisch“ zu sein. Und „national“ oder „vaterländisch“, das ist doch etwas ganz Unpolitisches. Dafür wird das Reichsbanner und jeder Arbeiterverein von unseren deutschen Gerichten natürlich als politisch angesehen werden. Und dann soll auch den „unpolitischen“ Vereinen nur gestattet sein, auf je 20 — oder 30 — Mitglieder ein Gewehr zu besitzen. Die einzelnen Mitglieder selbst dürfen für ihr eigenes Geld — oder das Geld von Hugenberg — natürlich so viele Gewehre kaufen wie sie möchten. Ueber diese Zwangsmaßnahme wird kein einziger Rechtspruch gesprochen. Aber der Arbeiterschaft, von der man annimmt, daß die Anschaffung der recht teueren Kleinfaliberwaffen nur auf Vereinskosten erfolgen kann, wird die Bewaffnung erschwert. Dazu kommt, da bei der Durchführung der Rechtsvereine natürlich jede Kontrolle darüber unmöglich ist, ob die vorhandenen Gewehre dem Verein oder den Mitgliedern gehören.

Ein radikales Verbot des Kleinfaliberbesitzes in jeder Form wäre eine Tat — ein Gesetz, das auf eine Reglementierung der Kleinfaliberbesitzer hinausläuft, ist zwecklos und schädlich. Es wird nie gegen Rechtsprechung, immer nur gegen die Schlichter der Verfassung angewandt werden — dafür

werden schon die Gerichte sorgen, denen das Gesetz Handhaben genug gibt, wenn es nach den Absichten des Reichsinnenministeriums ginge.

Man erinnert sich, daß Reichsinnenminister Rülz sein Ministerdasein den bayrischen Monarchisten verdankt, die durch ihr Ultimatum die Erhebung des aufrechten Demokraten Koch durch den Aufbruch der Rülz erzwangen. Man muß sich Rülz zugleich, daß er die Tugend der Dankbarkeit in hohem Maße bewiesen hat: Er hat die verfassungswidrige Flaggenerordnung Luthers energisch verteidigt; er hat sich für das Verbot des Potentinfilmes eingesetzt, und nun sorgt er auch für das Wohl der Kleinfaliberbesitzer. Republikanische Redensarten können an dieser Beurteilung nichts ändern. Die Taten des Reichsinnenministers, der für die gesetzliche Regelung der Kleinfaliberfrage resformmäßig verantwortlich ist, rechtfertigen von vornherein die schlimmsten Befürchtungen. Sie scheinen sich zu bewahrheiten.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesichert?

Abschluss der Studienkommission.

SPD. Genf, 1. September. (Sig. Draht.) Die Studienkommission schloß sich am Mittwoch einstimmig bei Stimmhaltung Spaniens und Deutschlands den bereits gefassten mitgeteilten Vereinbarungen der Unterkommission über die Verteilung der nichtständigen Mitgliedschaft an.

Die Nachmittags-Sitzung trug, ebenso wie die Vormittags-Sitzung, den Charakter einer

Sympathieausdrückung für Spanien, indem die Mehrzahl der Redner, und vor allem Lord Cecil, dem Vertreter Spaniens versicherten, daß man dem Wunsche der spanischen Regierung soweit wie möglich Rechnung zu tragen versuche. Gleichzeitig sprachen alle Redner die Hoffnung aus, daß Spanien dem Völkerbund seine Mitarbeit erhalten möge. Der deutsche Delegierte, Vizepräsident von Hoepf, gab diesem Wunsche ebenfalls Ausdruck und wiederholte die Erklärung von der Maritaktion, daß sich Deutschland in die internen Fragen des Völkerbundes einzuweisen nicht einmischen könne und sich deshalb der Stimme enthalten werde. Die Vertreter Genes und Bolens meldeten noch einmal die Wünsche ihrer Regierungen an. Beide erklärten inoffiziell die Bereitschaft, die Forderung auf einen späteren Zeitpunkt zurückzustellen.

Der Vorsitzende der Kommission, Nolte, sagte dann nochmals alle die Gründe zusammen, die für die weitere Mitarbeit Spaniens im Völkerbund und gegen eine Vernehmung der ständigen Mitgliedschaft vorgebracht worden waren. Daraufhin ergriff unter allgemeiner Spannung der spanische Delegierte das Wort. Er dankte zunächst für das Wohlwollen, das von allen Rednern Spanien bezogen wurde und erklärte, seine Regierung werde die Lage noch einmal genau und eingehend prüfen.

Die Forderung Spaniens unterliege nunmehr der letzten Entscheidung durch den Völkerbundsrat und er müsse sich vorbehalten, mit Genehmigung des Präsidenten der Kommission den spanischen Antrag als Mindestbedingung der Kommission an den Völkerbundrat weiterzuleiten. Allgemein wurden die Worte des Vertreters Spaniens dahin aufgefaßt, daß

Spanien wenigstens vorläufig auf einen Austritt aus dem Völkerbund verzichtet.

In einem Schlusswort betonte Präsident Nolte, in der Kommission herrsche Einstimmigkeit darüber, daß eine Vernehmung der ständigen Mitgliedschaft nicht möglich sei. Von keiner Seite sei ein Zweifel darüber geäußert worden, daß Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund ein ständiges Mitglied zuerkannt wird. Er schloß der Kommission vor, ihre Aufgabe als beendet zu betrachten. Sie wird am Donnerstagabend lediglich noch zu einer kurzen Schlussführung zusammenzutreten, um den Bericht an den Völkerbundrat zu genehmigen.

Kampf um Tanger.

Nachdem es den Anschein hat, daß Spanien seine Genfer Partei verloren hat, will es offenbar mit Gewalt in dem zweiten von ihm angezeigten Spiel, in der Tangerfrage, einen Erfolg erringen. Unser Madrider Berichterstatter schreibt uns:

Die spanische Regierung versucht neuerdings eine Erörterung der Tangerfrage zu erzwingen. Auch hierbei hat Falien in wieder die Hand im Spiel. Es zeigt sich jedenfalls immer mehr, daß

die beiden Diktatoren in der ganzen Angelegenheit völlig einheitslich operieren.

Von dieser Betreibung dürfte auch das spanische Verlangen nach einer Ausdehnung des Administrationsbereichs französischer

Kaliberfrage resformmäßig verantwortlich ist, rechtfertigen von vornherein die schlimmsten Befürchtungen. Sie scheinen sich zu bewahrheiten.

Auch bei den anderen Vorlagen, die im Ressort des Herrn Rülz in Vorbereitung sind, — bei dem Ausführgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung und bei der Wahlreform — scheint die Neigung zu bestehen, durch Schmälerung der Rechte des Reichstages und Einschränkung des Wahlalters einseitig den Wünschen der Deutschnationalen Rechnung zu tragen. Wenn das Reichskabinett Herrn Rülz folgt und auch in der Kleinfaliberfrage die wahrhaft republikanische Lösung — das völlige Schieferverbot — durch ein reaktionäres Polizeigesetz voller Zugewänge für die Republikaner erzwingen will, so wird es Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, diesen Plan zum Scheitern zu bringen.

Eine weitere Genfer Tagung.

Um den Beitritt Amerikas zum Völkerbund.

SPD. Genf, 2. September. (Rundfunk.) Am Internationalen Arbeitssamt trat am Mittwoch die Konferenz zur Prüfung der amerikanischen Vorbehalte gegenüber dem ständigen Haager Gerichtshof zusammen. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des Holländers Gensaga tagt, ist von 30 Staaten besucht. Der Vorsitzende erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß es nicht schwer sein werde, die Wünsche der Vereinigten Staaten zu befriedigen. Ihr Eintritt werde für die Zukunft des Haager Gerichtshofes von größter Bedeutung sein. Der Vorbehalt der Vereinigten Staaten beruhe in der Hauptsache darauf, daß diese nicht Mitglied des Völkerbundes werden wollen, vor allem deshalb, weil der Völkerbund auf dem Vertrag von Versailles beruhe.

Verband für europäische Verständigung.

Erfüllung der Reparationspflicht.

Zahlungen gemäß Dawesplan.

SPD. Berlin, 1. September. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit, daß mit der heute früh erfolgten Zahlung von 45 000 000 M. durch die Deutsche Reichsbankgesellschaft Deutschland den vollen Betrag der im Sachverständigenbericht für das zweite Jahr vorgezeichneten Jahreszahlung von 1 220 000 000 M. geschuldet hat, mit Ausnahme eines kleineren Betrags von etwa 8 Millionen Mark aus der Transportsteuer, der erst am 21. September 1926 fällig ist. Die heute von der Deutschen Reichsbankgesellschaft geleistete Zahlung stellt den am 1. September fälligen Zinsbetrag für die Reparationsanleihe für das zweite Jahr dar. Deutschland kommt demnach seinen Verpflichtungen pünktlich nach und hat die während des zweiten Jahres des Dawesplans fälligen Zahlungen pünktlich geleistet. Die bisher als Zahlung auf die zweite Jahresrate eingegangenen Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

1. Beitrag aus dem deutschen Budget 250 000 000 M.,
2. Zinsen auf deutsche Eisenbahnanleihe 595 000 000 M.,
3. Transportsteuer 241 905 000 M.,
4. Zinsen auf deutsche Industrieobligationen 125 000 000 M.

Insgesamt: 1 211 805 000 M.

Koalitionsfragen.

Deutschnationale Koalitionsanfrage.

Die Germania, der Demofratenträger Koch und der Reichsausschuß der Volkspartei haben gleichzeitig zur Frage der Umgestaltung der Regierungskoalition Stellung genommen, alle drei sind zu dem Schluß gelangt, daß einwilligen fortgeworfen werden muß. Wir lassen nach Parteien geordnet ohne Kommentar sachwortartige Äußerungen folgen.

Zentrum.

Die Germania knüpft an den Wirtschen Plan der „Republikantischen Union“ und an dem von Graf Westarp angemeldeten Anspruch auf deutschnationale Teilnahme an der Regierung. Das offizielle Organ der Zentrumspartei meint, Dr. Wirth habe mit dem Wort „republikanisch“ kein glückliches Kennzeichen für seine Politik gewählt. Es gäbe Republikaner und Republikaner sehr verschiedener Art, und deshalb könnte den aufrechten Republikanern leicht das Mißgeschick widerfahren, daß sie sich eines solchen Tages in Gesellschaft von Republikanern befinden, die etwas ganz anderes wollen als sie selbst.

Die Germania läßt auch keinen Zweifel, wenn sie mit diesen neuen Republikanern meint, die in eine republikanische Union nicht passen würden; denn sie sagt, es werde in der Deutschnationalen Partei wohl noch viele geben, die in nationalliberaler Tradition an den politischen Ansprüchen von „Bildung und Besitz“ festhalten. Das sei von der Wortprägung zu sagen; Dr. Wirths Ziel sei aber auch das Ziel der Zentrumspartei. Die parlamentarische Grundlegung einer solchen Politik bleibe bis auf weiteres aber doch eine Frage und eine Sorge.

Konsequenterweise lehnt der Artikel die Bemühung Graf Westarps, „mit harter Entschlossenheit und großer Geschicklichkeit“ das Zentrum wieder auf den Standpunkt von 1925 zu bringen, scharf ab. „Der Geist, der auf deutschnationalen Parteitagungen, bei Versammlungen, bei Gedenkfeiern“ und in den vaterländischen Verbänden herrscht, und das Streben nach der Macht im Staat „mit mechanischen Mitteln“ müsse unbedingt abgewiesen werden. „Wir möchten uns keine deutsche nationale Rückwärtsleiter ins Prestige legen lassen.“

Demokraten.

Dr. Koch erklärt mit Wirth die Festigung des republikanischen Gedankens für nötig; Wege dazu seien: Republikanische Propaganda in Wort und Schrift ist erforderlich. Das Wissen von der demokratischen Idee und ihren Lebensbedingungen ist zu vertiefen. Die Führung in den Elementen des Staates und der Schule muß in die Hand überlegener Republikaner gelegt werden. Auf allen diesen Gebieten muß der Republikaner aus der schwächlichen Abwehr oder dem Sichverstecken heraus und in den Stand gesetzt werden, sein Haupt zu erheben. Nächstes zur Weimarer Koalition sei gut, schreiere jedoch schon am Widerspruch von Wirths eigener Partei, die im Sommer 1924 die Reichstagsauflösung umging, und es vorzog, den Dawesplan dadurch zu retten, daß Führer der Deutschnationalen gegen die Zustimmung, demnach die Regierung aufgenommen zu werden, die peinliche Zugabe gaben, zwar belinde nicht selbst für den Dawesplan zu stimmen, aber doch die Hälfte ihrer Fraktion zu diesem Zweck abzukommandieren. Das Zentrum hat auch im Januar 1926, als auf der Weigerung der Deutschen Volkspartei, an der Großen Koalition teilzunehmen, die Weimarer Koalition in Frage kam, sich geäußert, mitzumachen und eine halbe Beteiligung an der Reichsregierung vorzuziehen. Die Sozialdemokratie sei radikalisiert, wie ihr Gintreten für die koalitionsfeindlichen Sozialisten in Saalfen beweise, desgleichen ihre Fortsetzung des fruchtlosen Kampfes um eine entscheidungslose Fünfteneinigung. Die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierungskoalition lehnt Koch ab. Bei der Volkspartei fight er ununterbrochen Fortschritte zum Dienst für die Republik, immer mehr tue sich ein Abgrund zwischen Volkspartei und Deutschnationalen auf. Koch erklärt sich für jede Koalition, die die Republikantische Union, die der europäischen Verständigung zuträhe, und die die Einheit des Reiches und die Kraft der Reichsregierung stärke. Die Deutschnationalen einer solchen Zielsetzung widerstreben, bleibt als solche Mehrheitsregierung nur die Große Koalition an. Wenn sich aber die Sozialdemokratie einer solchen Regierung verweigert, so muß man es entschlossen mit einer Koalition der Mitte, und wenn sich die Deutsche Volkspartei einer solchen Koalition verweigert, ebenso entschlossen mit der Weimarer Koalition verfahren. Ueber den Winter soll man den Zusammenhalt der Mitte aufrecht erhalten.

Volkspartei.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat Dienstag zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der Vorbereitung des am 3. Oktober in Köln beginnenden Parteitagbeschlusses beschäftigte. In einer Sitzung des Reichsausschusses am Mittwoch erkrankte der Parteivorstand Dr. Stresemann Bericht über die politische Lage, an dem sich eine rege Aussprache anschloß. Sowohl die Beratungen des Parteivorstandes wie die des Reichsausschusses ergaben laut Mail. Korrespondenz die Befriedigung der Partei über die Fortführung ihrer bisherigen Politik.

Das Berliner Tageblatt erzählt dazu, in der Reichsausschussung sei der Vorstoß des Dr. Jarres, der die Partei auf eine Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen festzulegen beabsichtigte, vollständig mißglückt. Man wolle

Gottwert Ingram und sein Werk

Roman von Gustav Schröder.

[21]

Johannes Siebert zog sich um, ging in die Kammer der Eltern und erzählte, was geschehen war. Da stand seine Mutter auf und lief zu Bertha Ingram.

Bertha, eben ist Johannes dagewesen. Dein Mann hat ihn geschickt. Er soll Dir ausrichten, Du sollst Dich ja nicht ängstigen. Es geht ihm gut, und er ist jetzt auf dem Beerensiedel bei den Leuten, weil nichts mehr zu tun ist. Es ist finster, und alles sieht unter Wasser.

„Ist jemand ertrunken?“

„Ja, dem Sonnengel seine Magd, die ihre Gedanken nicht mehr zusammenbringen konnte.“

„Wo doch wieder eins.“

„Soll Johannes Deinem Mann was ausrichten?“

„Nein. Er soll auch an sich denken. Weiter nichts.“

Johannes Siebert kehrte stehenden Fußes zurück, brachte Ingram und dem Doktor vorförmlich trockene Kleider mit, und fand die beiden bei den armen Menschen, die das Wasser vertreiben hatte. Es waren ihrer weit mehr, die auf dem Beerensiedel an der Triebwand zusammengekommen waren, als vor zehn Jahren. Dampf und stumpf hockten die meisten auf der Erde inmitten ihrer armenigen Habe. Mütter drückten die Kinder an sich. „Dah mir feins fortläuft! Gott sei Dank, daß wir wenigstens alle beisammen sind.“

Von drüben brauste und brüllte der Ingal. Wenn der Mond zwischen den Wolkenfenstern herausblitzte, sah man die Häuser deutlich im wogenden Wasser liegen. „Dort ist unser Haus, dort Nachbar Schmidt feins. Die Scheune steht nicht mehr. — Hörst Du, da muß wieder eins eingestürzt sein. Lieber Gott, wann hört das Elend einmal auf?“ Klagen, Jammern, aber kein Aufschreien, kein Sturmlauf gegen den Himmel. Die Menschen waren gewohnt, das Schicksal

drohend über sich zu wissen. Das hatte sie dumpf und stumpf gemacht. Ingram trat da heran und dort. „Seid Ihr alle beieinander? Ja? Dann ist ja wenigstens das Bergke nicht geschleht.“ Er strich einem Knaben über den Scheitel.

„Junge, so alt wie Du war ich auch, als ich das erste große Wasser erlebte. Gell, das ist böse. Wenn Du größer bist, mußt Du auch mit helfen, das es nicht wieder geschieht.“ Der Bauer trat auf ein paar Männer, die sich nebeneinander gesetzt hatten und die Köpfe hängen ließen. „Gibts jetzt nichts mehr zu tun?“ brauste er auf. „Das Vieh verläuft sich im Holze. Treibt zusammen. Was sollen die Weiber machen, wenn sich schon die Männer zusammenhocken und flennen. Geht da hinüber. Auguste Schneider hat Raffee auf dem Feuer gelocht. Trinkt einen Schluck und dann kummert Euch um das Vieh.“

Maurer Bartel hatte ein Büchlein auf dem Schoße und schrieb.

„Was schreibst Du denn da?“ fragte Ingram.

„Ich schreibe auf, was wir in der Stube hatten. Das muß mir gut getan werden.“

Ingram lachte bitter. „Schreib nicht zu wenig, Bartel. Es kann niemand nachkommen. Vielleicht kannst Du noch ein Geschäftchen machen.“ Weg war der Bauer. Er stand bei dem nächsten Kauf.

Als der Morgen kam und die Sonne das Tal fand, da verschlummten Murren und Klagen, da blieb einzig ein tiefes, schweigendes Erschrecken übrig. Bis auf wenige rechts des Pfarrhauses, alles unter Wasser. Die Häuser Inseln, um die her da die Fluten rascher trieben, dort langsamer, da quirkten, dort stillstanden. Das Haus des Zimmermanns Nibel war ganz weg, von den anderen Gehöften waren Ställe, Schuppen, Scheunen wie zertrümmert. Aus dem Wohnhaus des Meißner war die Hälfte fortgerissen. Von der andern hörte man die Leute um Hilfe rufen.

Grau und mäßig regneten Torstein und Geier in den Morgen herauf. Zwischen ihnen brüllten die Wasser. Das

Tosen drang wie Donner hinab in das Tal. Von den Felsenbergen aus bis über Niederingeln hinab ein einziger graugelber, schmutziger See, in dessen Mitte man den Ingal an dem raschen Dahinströmen des Wassers erkannte. Rot lag das Morgengelicht auf der Flut, griff zwischen fahlen Dachspinnen hindurch, glitzerte in Tränen, die stille Menschen leise meinten, lachte sich seine Flade zwischen grünem Blättergewirr hindurch und bot den Vögeln freundlich: Guten Morgen. Die schüttelten das Gefieder, flogen hinauf in das Wipfelgeäst und sangen ihre Lieder.

Ingram lehnte allein an einem Baume und sah trübe auf die Wasser, die sich von Bergwand zu Bergwand dehnten. Wieder einmal Not, unerhörte Not. Wann kam die nächste? Wer vermochte zu sagen, ob das Bild nicht schon in diesem Jahre noch einmal das gleiche furchtbare war. Der Mann sah sich wieder die Wege gehen, die er gegangen war, hörte sich reden, bitten, drängen, drohen, lächelte bitter. Geschäft. Alles ist Geschäft. Wenn wir Geschäfte machen, bändigen wir auch den Ingal.

Ein Rotkehlchen sang über ihm und weckte ihn. Doktor Weigand trat heran. Ingram wies auf die Flut. „So siehst aus, Doktor. So sehe ich das nicht zum ersten Male; aber, will's Gott, soll es das letzte sein. — Komm, wir wollen meine Frau holen. Ueber Nibel weg können wir nach Niederingeln hereinkommen.“

Nach drei Tagen war das Wasser soweit abgelaufen, daß nur da und dort noch einzelne Lachen standen. Die Leute von Niederingeln waren auf Jahre hinaus geschlagen. Menschen strömten herein in das unglückliche Tal, die Verwüstungen zu sehen. Die Zeitschriften brachten Bilder von den Unglücksfällen.

Der Oberpräsident der Provinz kam im Auftrage des Ministers, den Feingefühlten Teilnahme auszusprechen und Hilfe in Aussicht zu stellen. Die Bauern von Niederingeln, Weizenbach, Tiefenort, Döllern, nahmen das Vieh der Niederingelner auf oder schickten Wagen voll Stroh und Futter.

Der Schulse von Niederingeln war weder der Not noch der Hilfe gemacht. Er hat Ingram: „Gottwert, mach Du's für mich. Ich kann nicht so fort mit dem Neden.“

Der Landrat stellte Ingram dem Oberpräsidenten als denjenigen vor, der weitaus am klügsten, reichsten und selbstlosesten nicht nur zugegriffen, als das Wasser kam, sondern auch durch seine Warnung und sein entschlossenes Antreiben der Leute noch größeres Elend verhütet hatte.

Das Ende langer Verhandlungen war zunächst die Bildung einer Kommission zur Heranziehung von Hilfe und Verteilung eingegangener Gaben. Ingram, dem der Vorstoß entgegenragte, lehnte ab und schlug dafür Lehrer Gausmann vor, dem fünf angelegene, eheliche Männer beigegeben wurden.

Lange Erörterungen waren zu Ende, die Sitzung sollte geschlossen werden, da erbat Ingram noch einmal das Wort. „Meine Herren“, sagte er, „ich weiß gewiß, daß, was für den Augenblick gesehen kann, gesehen ist und sich auswirken wird, aber — was tun wir, um dem gleichen Elend vorzubeugen? Wir werden die Häuser aufbauen; in elfchen Jahren sind auch die Felder wieder in Ordnung. Gut. Aber aber bürge dafür, daß nicht noch in diesem Jahre eine zweite Überschwemmung kommt, wer dafür, daß sie nicht nächstes Jahr kommt? Was wir den Niederingelern bringen, ist halbe Hilfe. Ganze Hilfe sieht anders aus. Es gibt nur eines, das das Tal dauernd vor Überschwemmungen schützt. Droben zwischen Torstein und Geier muß die Mauer errichtet werden. Herr Oberpräsident, wir bitten, alles einzusehen, daß die Talperrre von Niederingeln gebaut wird.“

Am Abend mußte jedes Kind von Niederingeln, daß Gottwert Ingram den Bau der Talperrre gefordert hatte. Die Männer trafen sich im Wirtshaus. Sie waren unruhig, sie wollten dem Schulzen grollen, aber es fiel kein lautes, wildes Wort. Ingram hat es gesagt. Was sind wir gegen Ingram? Er hat es gesagt. Müste er nicht?

(Fortsetzung folgt.)

ganz freie Hand nach beiden Seiten behalten und habe die endgültigen Entscheidungen auf den Parteien verlagert, doch könne gesagt werden, daß der Plan Jarrés von ganz mit einer sehr harten Mehrheit vollständig abgelehnt worden sei.

Gegen den Mißbrauch politischer Freiheit

richtet sich ein neuer Runderlaß des preussischen Ministers des Innern, worin die Landes- und Ortspolizeibehörden aufgefordert werden, gegen alle Terrorakte, Ueberfälle und Angriffe in jedem Falle mit Entschlossenheit und Nachdruck einzuschreiten. Die Schulden sind festzunehmen und der Bestrafung zuzuführen. Waffen und gefährliche Werkzeuge sind wegzunehmen und demnach zu beschlagnahmen. In ihrer Erfassung werden möglichst zeitige und häufige Durchsuchungen der bei Umzügen u. a. verwendeten Verkehrsmittel betonen. Das Mitführen von Pistolen, Schindeln oder ähnlichen Gegenständen verbotener Art ist als großer Mißbrauch anzusehen, sofern nicht der Tatbestand eines der §§ 110, 111, 120, 126, 128 ff. des Strafgesetzbuches oder gar des § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik erfüllt ist. Der Verbot solcher strafbaren Handlungen soll nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Sachgemäße Unterweisung und Auffklärung der verantwortlichen Beamten schon während der Vorbereitungen und der wachen Stunden, die Mißführung von Pistolen, Schindeln und Darstellungen, deren Aufführung oder Anbahnung gegen die Staatsgewalt verstoßen, nicht duldet werden, werden in den meisten Fällen ausreichen, um Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhüten.

Wiederholungen der Fälle bedürfen, in denen ein völliges Verbot von Versammlungen und Umzügen sowie die Auflösung von Ortsgruppen politischer Verbände, die die polizeilichen Vorbeugungsmaßnahmen Widerstand entgegenzusetzen, sich notwendig erweisen sollte.

Wie sich dieser Erlaß in der Praxis auswirken wird, bleibt abzuwarten. So mancher reaktionären Ortsbehörde wird er willkommenes Handhaben gegen linksgerichtete Verbände liefern.

Wer ist der Sieger von Tannenberg?

Im Tannenberg erinnert Major a. D. Endres zur rechten Zeit daran, daß endlich einmal die ungläubliche Gegenmeinung um die Schlacht bei Tannenberg durchgemacht werden muß. Während in Frankreich nach dem Kriege von 1871 die kriegerische Propaganda und Kritik in scharfer Weise gegen die eigene Führung vorging und damit die wissenschaftliche Grundlage schuf für den enormen Aufschwung, den der französische Generalstab und die Führerausbildung in 48 Friedensjahren nahmen, findet man in der deutschen Weltkriegsliteratur kaum dergleichen. Das Schlimme der Weltanschauung, der falschen Orientierung, der Selbstverherrlichung hat sich unendlich an den schlimmsten Rahmen der Kriegsgeschichte heute erhalten. Ein besonders treffendes Beispiel für die Art, wie durch einen schamlosen deutschen Journalismus hunderte strategische Siege in das deutsche Volk hineingetragen wurden, sind dort die feierlichen Tannenberg, die die berühmte Schlacht bei Tannenberg. In diese Schlacht rante sich eine so groteske Ueberschätzung der eigenen Kraft, eine so kindwütige Verehrung des angeblichen militärischen Genies von Hindenburg und Ludendorff, daß die „Mägen vollendeter Verdrähtheit“, wie Endres mit Recht den Krieg gegen Amerika bezeichnet, nur eine begeisterte Folge dieser furchtbaren Anfangs ist.

Es ist daher gut, wenn Endres an eine Schrift des Generals von Hoffmann erinnert, in der endlich einmal eine legendäre Heldentat allerhöchsten Ehrlich vorgenommen wird. Hoffmanns Buch „Tannenberg, wie es wirklich war“ weist auf 84 Seiten folgendes nach:

1. Der in Tannenberg form abgeteilte General von Britowitz hatte nach der Schlacht von Gumbinnen die Operation, die zur Schlacht von Tannenberg führte, schon eingeleitet. Hindenburg und Ludendorff kamen gar nicht mehr dazu, eigene operative Befehle zu geben, sie änderten an der dargelegenen Lage nichts, sondern übernahmen diese.

2. Die Befehle, die Ludendorff im Verlauf der Schlacht gab, waren zum Teil so fehlerhaft, daß der Sieg nie gekommen wäre, hätten nicht geschickte Vorgesetzte durch Nichtbefolgen dieser Befehle die Lage gerettet.

3. Der alleinige Anteil an dem Siege von Tannenberg gebührt den einleitenden Maßnahmen des viel geschmähten Generals von Britowitz, den Föhren der Russen, einigen geschickten deutschen Unteroffizieren und der über alles Lob erhabenen Leistung der Truppe.

Der Erfolg von Tannenberg war und ist eine Ueberschätzung gewesen, für die man eventuell dem Schicksal, aber keineswegs Hindenburg und Ludendorff zu danken hat. Besonders von Ludendorff bleibt nach der Rettung dieses Buches nichts mehr übrig. Endres sagt mit Recht: „Dieser Mann war das größte Hindernis des deutschen Vorkrieges, ein Mann, dessen Intelligenz sich nicht nur militärisch nicht im entferntesten den Aufgaben gewachsen war, an die er, gestützt von einer alles niederpolenenden Propaganda, ehrgeizigsten herantat.“

*) Verlag für Kulturpolitik, Berlin, 1928.

Der Musiknote vergessen!

Selbstentzeichnung des Rürberger Generaltrumpfes.
Der unter dem Protektorat von fast 50 Generalregimenten am Sonntag in Rürberg inszenierte Kriegstrumpf sollte den alten Wilhelm und den Prinzregenten Rupold durch Kranzniederlegung an ihren Standbildern. Der Kriegstrumpf hat man nicht gedacht; an ihrem Denkmal einen Kranz niederzulegen, blieb dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold überlassen.

Ein Symbol der Zukunft, die die Regierenden erziehen: der gemeine Mann darf dafür opfern, bluten und sterben, der Dank ist ihm gewiß in der Form des Vergessens.

Guthaben ehemaliger Kriegsgefangener.

Erläuterung: Nie wieder Krieg!

Aus Stendal wird dem SPD. geschrieben: Ein Vertreter der Arbeitgemeinschaft ehemaliger Kriegsgefangener fand am Sonntag und Sonntag in Stendal statt. Den Geschäftsbericht erstattete Bötsche-Berlin, der die Gründe darlegte, aus denen sich die Arbeitgemeinschaft im Jahre 1928 von der Reichsvereinigung trennte. Die Vorstandswahl ergab folgende Zusammensetzung des Vorstandes: 1. Vorsitzender: Rassenberger-Berlin, 2. Vorsitzender: Heise-Bremen, Schriftführer: Roberts-Berlin, Kassier: Schmidt-Stendal. Die Geschäftsführung wurde den beiden Vorständen übertragen.

Am Sonntag wurden zunächst auf dem Friedhof an dem für die ehemaligen Kriegsgefangenen errichteten Denkmal und am Denkmal der Gefallenen Kranz niedergelegt. In den anschließenden Verhandlungen referierte Heise-Bremen über die „Heimförderung der Kriegsgesangenen“. Es handelte sich hierbei in der Hauptsache um deutsche Kriegsgefangene, die sich noch in Störchen aufhalten. Ein Vertreter der Reichsregierung sprach über die „Guthabensfrage“. Die Ansprüche der Kriegsgefangenen richteten sich auf die ehemaligen Feindstaaten. Die Regelung erfolgt nach internationalen Abmachungen. Ansprüche auf Entschädigung des vollen Lohnes durch das Reich bestehen nicht, die Befristung wird abgezogen. England hat sich bereit erklärt, die Guthaben der Kriegsgefangenen auszusuchen. Es betragen 18 Millionen Mark und verteilen sich auf 2000 Verdächtige. Mit Frankreich sind die Verhandlungen noch nicht zu Ende geführt, ebenso mit Belgien. Die Sammelregierung berichtet den Standpunkt, selbst keine Kriegsgefangenen gehabt zu haben.

Ein Vertreter des Volkstums für Kriegsgefangene sprach über die Arbeit der Arbeitgemeinschaft. Die Arbeitgemeinschaft hat einen Ueberblick über die Tätigkeit dieser Organisation für die drei Millionen toten Deutschen im Ausland. 2000 Reichshöhe sind in 2000 Reichshöhe aufgenommen worden. Der Volkstums-Verein steht mit 26 Vätern in Verbindung. Ueber „Besserung des Kriegsgefangenenlohn“ für den Fall künftiger Kriege sprach Roberts-Berlin. Eine Sicherung der menschenwürdigen Behandlung der Kriegsgefangenen müßte durch den Völkerverbund

Die Memord-Ablenkungsmanöver beginnen!

Das dunkelste Blatt in der deutschen Geschichte der jüngsten Jahre ist mit dem Wort „Memord“ überschrieben. Von den Attentätern auf Erzberger, Rathenau, Scheidemann angefangen bis zu den namenlosen Verbrechen, die wegen angeblichen Verrats „militärischer Geheimnisse“ an ehemaligen Mitgliedern „vaterländischer“ Verbände von den durch Ros dazu bestimmten Spießgesellen verübt wurden, ist niemals eine ernstliche gerichtliche Klärung der Hintergründe dieser Verbrechen, geschweige denn eine der Schwere des Verbrechens entsprechende Sühne erfolgt. Sobald nur in einem der zahllosen inszenierten Verfahren, die schließlich bei deutschen Gerichten gegen Memordverbreiter und ihre Helfer in Gang gekommen sind, eine Klärung der Tatsachen und Gelbgebe drüber, wurde das Verfahren abgedreht oder auf die berühmte lange Bank geschoben, wo es allmählich in Vergessenheit geriet. Aber das Blut der Gemordeten schreit zum Himmel, und die Stimmen, die das Ungeheuerliche dieser deutschen Justizgeschichte immer wieder in die Welt hinausdrufen, sind nicht zum Schweigen zu bringen. Da fällt sich denn einer, dem es an die Herzen ging, weil auch er zur Sühne der Memordverbreiter geht, dazu berufen, ein Ablenkungsmanöver aufzuführen nach jener bekannten Methode, wonach nicht der Verurteilte wird, der ein Verbrechen begeht, sondern der, der es aufdeckt.

Drei gesinnungsverwandte Blätter — die Deutsche Zeitung, die Münchener Allgemeine Abendzeitung und die Hamburger Nachrichten — veröffentlichen gleichzeitig (also auf Verabredung) einen Artikel des

deutschen Nationalen Reichstagsabgeordneten und Staatsanwaltschaftsrats Dr. Schaeffer aus Breslau unter der Überschrift: „Die Sozialdemokraten Memord machen“. Dieser Staatsanwaltschaftsrat stellt die fähige Behauptung auf: es ist in Deutschland überhaupt noch kein Memord vorgekommen, es gibt keine Feme, es gibt nur eine von den Sozialdemokraten erfundene Femehe. Prüft nur nach, daß er die Worte an Erzberger, Rathenau, Scheidemann, den Reichspräsidenten Scheidemann, die meuchlerischen Ueberfälle auf Hans Baasche, den Studenten Bauer und alle die andern als freie Erfindungen bezeichnet oder sie der Sozialdemokratie in die Schuhe schiebt. Auf einen Sozialdemokraten hat er es besonders abgesehen. Es ist der frühere Offizier Franz Puittamer, der selbst eine Zeitlang den bayerischen Verbänden angehört und seit seinem Uebertritt zur Sozialdemokratie mäßig den Kampf gegen die Memordverbreiter aufgenommen hat, in deren Umtriebe er tiefe Einsicht gewonnen hat. Puittamer, der heute als Herausgeber einer Korrespondenz Mitarbeiter unserer Zeitungs ist, war als Zeuge auch von dem Memord-Untersuchungsausschuß des Reichstags vernommen worden. Dort hat ihn der Deutschnationale Dr. Schaeffer, der selbst Mitglied und Berichterstatter des Untersuchungsausschusses war, kennengelernt. Unter lächerlicher Auspielung der einen Aufgabe Puittamers gegen die andern, sucht Schaeffer jetzt den Feind zu erwidern, daß Puittamer als ein von der Sozialdemokratie bezahlter Spießgeselle sich in die vaterländischen Verbände eingeschlichen und von da aus die Hege gegen sie inszeniert habe.

Selbst wenn Puittamer die Rolle eines Spießgesellen gespielt hätte, wäre die Deutschnationale Partei die Letzte, die daraus Vorteile ziehen könnte. Puittamer als Zeuge ist gegen ihn, er aber in gar keiner Weise mit der Tätigkeit sogenannter Spießgesellen auf eine Stufe zu stellen. Er hat niemand am Meffer geliefert, wohl aber riskiert er selbst Kopf und Krone, als er das geheime Treiben jener Verbände, die von der Justiz und der bayerischen Regierung in Schutz genommen wurden, öffentlich an den Pranger stellte. Was aber ist das für ein Staatsanwaltschafts-

aufhandeln konnte, wenn man im gleichen Atemzug einen noch maligen Antritt (nämlich die Ueberprüfung) forderte.

„Dank vom Hofbrauhaus“.

SPD. München, 2. September. Die widerrechtlich auf dem Grabstein Pöhners angebrachte Inschrift: „Dem Vorbild treuer Pflichterfüllung, das dankbare Vaterland“, die in weissen Kreisen der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat, war am Donnerstag vormittag im Gemeinderat des Münchener Stadtrats Gegenstand der endgültigen Entscheidung. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Wöllfchen beider Parteien wurde mit 9 zu 6 Stimmen beschlossen, daß die Inschrift zu entfernen ist.

Kampf gegen die Reichsfarben.

In einer Gemeinderatsitzung zu Scharfenstein im sächsischen Erzgebirge wurde beschlossen, den Automobilverkehr zu regeln und einen Teil der Ortsstraße zu sperren. Der Bürgermeister und der Gemeinderat belanden den Antrag, das Verbot zu veranlassen, und einen schönen Tag standen zwei Verbotstafeln da, die den Automobilisten das Befahren der Straße bei Strafe verboten. Aber a Graus, die Stange, die die warnende Tafel trug zeigte zugleich einen breiten schwarz-rot-goldenen Streifen. Die Gemeindeglieder hatten zwar nicht die Ausführung der Tafel näher angeprochen, aber dieser schwarz-rot-goldene Streifen ging ihnen doch über die Brust.

Entscheidungsgewinnung kamen sie in die nächste Sitzung und beschlossen mitzueinander, daß die Reichsfarben beseitigt werden müßten. Der republikanische Bürgermeister dachte natürlich nicht daran, und so kam es dann zu einem zweiten Beschluß der modernen Gemeindeglieder.

Der hartgesottene Bürgermeister dachte aber auch nun nicht daran, dem Wunsch seiner schwarz-weiß-roten Freunde zu folgen und ging an das Verwaltungsgericht. Das geht natürlich nicht so schnell, denn da müssen erst Verze von Alten geschrieben, Schriftsätze hin und her geschickt, Hunderte von Besuchen, Ausführungsbestimmungen, Verordnungen ufo. eingehend geschickt und kommentiert werden, und auch dann steht das Verfahren natürlich noch im Anfangsstadium. Endlich kam die Sache vor das Verwaltungsgericht, der Kreis hauptmannschaft Chemnitz nicht wahr, im Landratsamt war die Sache gemacht und ein Urteil gefällt, das die schwarz-weiß-roten Verurteilten der Befristung und ihrer Farben zu Strafe und Kosten verurteilt.

Da der Richter der Chemnitzer Volkstümme sagt etwas anderes. Drei Stunden verhandelte man. Erst wurde ein regierungsbilliger Vorschlag wegen Befristung abgelehnt, und dann wurden die Schriftsätze vorgelesen, Gesetze und Verordnungen zitiert, plädiert und repliziert und schließlich ... man doch nicht dem Richter. Der Richter der schwarz-weiß-roten Gemeindeglieder erklärte schließlich, daß man die Farben des Republik als eine „Revolutions“ empfinden, daß die Verurteilten und Schlichtungsfrauen nicht einsehen könnten, warum die Republik für sich so unglücklich „Belägen“ machen dürfe, und er hätte kein schließliches Gut aus, daß das ganze ja eine ... Kosten sei.

Es ließ sich leider nicht feststellen, wie groß der Wunschnachdruck sei, den das gelobte Antizip an den beiden Warnungsbüchlein ausmachte. (Gegen die schwarze und rote Farbe hätte man ja nichts einzuwenden gehabt, wenn das Reich die Untergrund sie getrennt hätte.) Schließlich leuchtete es aber selbst dem famosen Richter der Gemeindeglieder ein, daß man doch nicht so viel von den

rat, der die Mitgliedschaft seiner Partei an den Memordverbreitern abzuheben versucht, daß er jetzt in so unglücklicher Weise gegen den Mann vorgeht, von dem er zu Recht oder Unrecht annimmt, daß er den Hauptanteil an der Aufdeckung der Memordverbrechen geleistet hat?

Ueber die Persönlichkeit Dr. Schaeffers

meiß der Vorwärts folgendes zu berichten:
Dr. Schaeffer sollte eines Tages als Berichterstatter des Memord-Untersuchungsausschusses nach München fahren. Sein erstes war, daß er an die Kasse des Reichstags ging, um sich Reisegeld ausgeben zu lassen. Der Kassierbeamte und der Direktor beim Reichstag gaben sich vergeblich Mühe, ihm auseinanderzusetzen, daß er keinen Anspruch auf weitere Bezahlung habe, da er ja schon als Abgeordneter im Besitze der Freiabgabe und der Tagesgelder sei. Dr. Schaeffer wollte sich nicht belehnen lassen, er beharrte auf seiner Forderung und wollte den Auftrag nicht eher ausführen, als bis ihm noch weitere Tagesgelder ausgezahlt seien.

Dieser deklamatorische Vorkurs ist offenbar der Meinung, daß er als Feind der Republik verurteilt sei, den Staat so viel wie möglich zu schädigen. Aber besahst ihm denn nicht für den Auftrag, den er gegen die Sozialdemokratie übernommen hat?

Wieder eine Verhaftung wegen Anstiftung zum Memord.

SPD. Berlin, 2. September.

Der Hauptführer der Bundeswehr, Stabschef, Friedrich Wilhelm Hein, ist in Magdeburg verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Gießen eingeliefert worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit dem vor einiger Zeit bekannt gewordenen Memord an dem Hauptmann a. D. Mager, der wieder freigesprochen worden ist. Mager, der Kapitänleutnant Dittmar aus dem Kaiserlichen Gefängnis, sein wird von dem in Raubheim verhafteten Schwab, der Memord an dem früheren Hauptmann Mager angeht, zu haben. Sein befristete diese Anstiftung und behauptet, Schwab verführe einen Nachahler, weil er durch Hein einmal entlastet worden sei, als er sich in rechtgerichteten Kreisen als Offizier ausgegeben habe.

Der Stabschef, dem Hein, dessen Leiter Hein war, ist gegenwärtig belandlich wegen eines Schmalzartikels gegen die Weimarer Verfassung auf mehrere Monate verurteilt. Die Bundeswehrführer Dr. Stabschef hat sich in letzter Zeit öffentlich zum Sprachrohr der neuen rechtserhaltenden Richtung innerhalb des Stabschefs gemacht. Er einigte Stabschef, der Magdeburger Kaufmann Selbe, ist völlig in den Hintergrund gedrängt worden durch den früheren Oberst Dittmar, in Halle, der die Führung des Stabschefs an sich gerissen hat. Unter diesen Umständen liegt die Vermutung nahe, daß es sich bei dem verhafteten Stabschef Hein um dieselbe Persönlichkeit handelt, die sich im Auftrag als Bundesführer betätigt hat, damals verhaftet wurde, später aber vom Oberreichsanwalt wieder freigesprochen worden ist. Mager, der Magerkampfs führte eine Freikampfer unter dem Namen „Organisation Hein“ den Kampf auf eigene Faust. In dieser Organisation soll auch Schaeffer geführt haben. Aus unbekannter Quelle fließen dem Bundesführer Hein überaus reiche Geldmittel zu. Später wurde festgestellt, daß zwei Mitglieder dieser Organisation Hein, ein Interoffizier Göbe und der frühere Leutnant Schneider, ihren Kameraden Schaeffer gegen bares Geld an die Franzosen verraten hatten, nachdem vorher eine hübsche Feme gegen den preussischen Innenminister Seegering betrieben worden war, dem die Schuld an dem Schicksal Schaeffers angedungen verurteilt wurde.

Im Jahre 1922, zur Zeit des Rathenauverdrats, hat sich jener Bundesführer Hein in Berlin aufgehalten. Sein Bureau war der Sammelplatz für die radikalsten Anhänger der völkischen Bewegung. Damals wurde auch behauptet, Hein hätte die Waffensprüche zum Antritt auf Scheidemann befohlen. Es wird nunmehr Aufgabe der Untersuchung sein, festzustellen, ob der jetzt verhaftete Hein mit jenem Bundesführer identisch ist.

Rechtlich beseitigt auch dieser Fall wieder, was von den Ablenkungsmanövern des Staatsanwaltschaftsrats Dr. Schaeffer zu halten ist.

Kosten reden könnte, wenn man im gleichen Atemzug einen noch maligen Antritt (nämlich die Ueberprüfung) forderte.

Wie die Komödie ausging? Nach dem Tagelohn von „Revolutions“, verließen die Gefährten, dem Herrn Grafen und seinen Empfindungen gesprochen war, zog sich der Gericht zur Verachtung zurück und beschloß schließlich, das Urteil in der nächsten Woche zu verurteilen.

Eine Komödie? Ja, aber eine bittere. Es ist selbst für diese Republik ein Hoß, ein schwarz-weiß-rotes Gemeindegliederparlament fordern, daß die Reichsfarben zu entfernen, weil sie eine „Revolutions“ darstellen.

Man verfolge sich einmal in die Zeit Wilhelms des Ausreißers. Was wäre wohl einem Gemeinderat passiert, der beantragt hätte, die schwarz-weiß-roten Farben von irgendeinem Hofbesitzer zu entfernen? Es ist nicht auszudenken. Heute kann man sich so etwas getrost erlauben. Die Republik steht sogar sogar noch ihren ganzen Verordnungsapparat in Bewegung.

Trotzdem: Auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes kann man getrost sein. Sollen sich wirklich Richter finden, die die Befristung der schwarz-rot-goldenen Farben als richtig anerkennen? Wir werden es nicht so glauben, obwohl wir ja in dieser Republik schon allerlei erlebt haben.

Amtseinführung des Oberreichsanwalts.

Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer ist aus seinem Amt geschieden. In seiner Verabschiedung wurde vom Reichsjustizministerium Ministerialdirektor Dr. Wunke erschieden, der dem scheidenden Oberreichsanwalt den Dank des Reichspräsidenten und der Reichsregierung für sein langjähriges verdienstvolles Wirken ansprach. Wunke führte er den neuen Oberreichsanwalt Werner in sein Amt ein, der aus der Ministerialbürokratie kommt und von Marx gegen den Widerstand nicht nur der Sozialdemokraten, sondern auch bürgerlicher Republikaner in sein hohes Amt befördert wurde.

Die Niederlage Wupeifus.

Wu, Szechuan, 1. September. Nach japanischen Meldungen aus Hankau sollen die demoralisierten Strikräfte Wupeifus mehrere Schlappen erlitten haben. Die Schwärme rüde rüde auf Wupeifus vor.

Es ist bezeichnend, daß obige Meldung, wie viele andere der letzten Tage, aus japanischer Quelle stammt. Das zeigt, daß in dem chinesischen Grenzgebiet die neue Kombination im Entstehen begriffen ist. Wupeifus wird am Anfangs Oktober geschlagen, der japanische Zeltlager bereit, eifert über jede Schlappe, die er erleidet. Aufgeschlüsselt aber, gehen noch der Verdächtige Wupeifus, ist unglücklich in Stellung und nicht zu haben um verhalten wird. Es heißt, daß ein Vertrag mit Japan im Verzuge, seine Truppen südlich über die Linie Wupeifus - Tientsin marschieren zu lassen. Japans Rolle ist auffällig - diesjährige Abhängigkeit aus. Mit Wupeifus zusammen hätte er schon geschlagen - jetzt überläßt er Wupeifus sein. Er ist zugleich der Vertretermann Japans. Will Japan mit seiner Hilfe allein in China herrschen?

Russisch-argentinische Verhandlungen. In den Morgenblättern wird gemeldet, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen Argentinien und der Sowjetrepublik im Gange seien, die die Anerkennung Sowjetrußlands durch Argentinien betreffen.

Die Genfer Friedensstimmung.

Genf, 31. August 1928.

Gegenüber dem März ist Genf völlig verändert. Damals wehte noch ein kalter Wind von den Schweizer Bergen herüber, die von den Journalisten sonst so viel besuchten Cafés lagen noch im Winterkleid, und der Genfer See spiegelte nur müde ein feines Sonnenleuchten. Die außerordentliche Völkerverammlung, die im März stattfand, zeigte einfach naturgemäß nicht in die gewohnte Reihenfolge der Septemberkonferenzen. Man fühlte und merkte, daß man zur Teilnahme Deutschlands in die Gesellschaft der Völker nach Genf gekommen war, aber ein von der Natur her angelegtes Uebermaß Lichtesgefühl gemann im März für die regelmäßigen Besuche der Septemberkonferenzen des Völkerverbundes zum ersten Tage an die Oberhand.

Heute sieht Genf freundlicher aus, von der Seite der Natur und von der Seite der Diplomatie her. Die herrlichen Sonnentage, in denen Genf sich schmeigelt, lassen die Erinnerung an die vorjährige Locarno-Atmosphäre aufleben. Die Natur zwingt gemächlichermaßen den Menschen den Willen zum Frieden auf, mehr genuss als die Fiktion, die jedesmal vor Eröffnung der Völkerverammlung einer erlauchten Schar internationaler Diplomaten auf Einladung des Völkerverbundes in den beschiedenen Genfer Rhythmus die wahre Bedeutung des Wortes: „Friede auf Erden“ zu predigen haben.

Das Völkerverbandssekretariat ist durch einen jähren Garten von Ufer des Genfer Sees getrennt. Im Ausgange des Gartens befindet sich ein breites Schiff zu Ehren und zum Andenken des verstorbenen amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Die Stadt Genf hat es gestiftet. Zur Rechten und zur Linken des Schiffes sind zum ersten Male in diesem September zwei prächtige Lorbeerzweige aufgestellt, und das Schiff selbst ist mit frischen Blumen umrandet worden. Ist das ein Vorzeichen dafür, daß Wilsons Werk nun durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund erst wirklich gekrönt und festgebaut wird?

Zu Beginn der vorigen Völkerverbandsversammlung im März war man in Genf bestimmt zufriedener als heute. Man erwartete trotz der Ungewissheit der außerordentlichen Tagung keine Ueberschätzungen. Diesmal sind jedoch die Wandelgänge des Völkerverbundes von aufgeregt hin- und herlaufenden Gefühlen, die oft mehr Politik machen und meist bessere Politik zu machen glauben als die eigentlichen Delegierten, schon jetzt einigen Tagen vor dem bloßen Völkerverband, der Völkerverbandskommission für die Völkerverbandsversammlung“ vollzogen. Die Italiener und Spanier überließen sich bei den Völkerverbands. Das ist die Gefährdung. Bei Länger soll der Lohn dafür sein. Aber diese aufgeregte Stimmung macht doch immer den Grundton aus: Noch einmal darf Deutschlands Aufnahme in den Völkerverbund nicht verfehlt werden. Und je näher die entscheidenden Momente heranzücken, desto mehr macht sich bei allen der eiserne Wille Bahn, die jegliche Tagung nicht wieder resultatlos verlaufen zu lassen. Selbst die Genfer Korrespondent des Temps ist benachteiligt zu werden, daß sich im Völkerverbund bisher selbst bei den schwierigsten Situationen doch immer wieder der Wunsch einer Einigung über die Genfer den Sieg zu verzeichnen wußte, und er fühlte sich, daß es sicher auch diesmal so sein wird. Dem vermag man zustimmen. Denn zum Völkerverband ist es nie so spät!

Auf dem 25. Völkerverbandskongress, der unter starker Beteiligung noch bis zum 8. September in Genf tagt, war es soeben fertig geworden, daß der frühere französische Außenminister Lucien Le Boyer der Präsident der „Französischen Friedensgesellschaft“ den deutschen Reichspräsidenten Loh in sein Exil entließ, auf ihn zuzuging und ihn unter allgemeinem Beifall zum Völkerverbandspräsidenten des Kongresses hat - derselbe Le Boyer, der noch im vorigen Jahre beim 24. Völkerverbandskongress in Paris der Hauptfigur der Baran war, daß Loh damals nicht hätte zu Wort kommen können.

So haben bisher in Genf alle Zusammenkünfte, die den Völkerverbands Aufnahme zu ermöglichen, die Menschen und die Natur werden sich dem mützlich die spanische und die italienische Diktator so heftig widersetzen, daß Wilsons Werk daran gerät?

Rudi Leng.

Vom englischen Streit.

SPD. London, 1. September. (Eig. Drahtf.)

Im Hinblick auf die am Donnerstag zusammengetretene Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter hat die Regierung nach der Beratung des Parlaments abermals die Verhandlungen mit den Grubenbesitzern aufgenommen, um zu einer Lösung der Bergarbeiterfrage zu kommen. Der Beschluß des Exekutivkomitees der Bergarbeiter geht jedoch dahin, der Delegiertenkonferenz keine neuen Vorschläge zu unterbreiten.

Rußland und Polen.

WVA. Warschau, 1. September. Das Hauptorgan der Nationaldemokraten, Gazeta Wargowska, tritt dafür ein, daß nach der Rückkehr des Ministers Palest in Genf die Verhandlungen mit Rußland über den Abschluß eines Garantiepaktes mit Rußland aufgenommen werden, um die erforderlichen Bedingungen der Komintern zu schaffen, die durch den Abschluß eines deutsch-polnischen Locarnovertrages entstehen. Der Wunsch eines russisch-polnischen Vertrages dieser Art sei um so mehr anzugehen, als die Jurisdiction des Kommunismus Rußlands sowohl in der Wirtschaft, wie auch der auswärtigen Politik Fortschritt mache.

Die Arbeitslosigkeit in Rußland.

Die Volkszeitung bespricht die Unversetztheit, die Lasten der russischen Wirtschaft mit dem eigenen lauten Ton abzuwickeln. Der Bericht ist dabei auf das Zeugnis der Arbeiterdelegationen, als ob das Vorhandensein über Besten einer Wirtschaft durch Beschäftigungslosigkeit festgestellt werden könnte. Wir lassen daher, um den Wert kommunistischer Behauptungen zu illustrieren, eine Uebersetzung aus dem Gewerkschaftsorganen 2. und 3. August folgen. Der Text lautet:

„Beim Arbeitsministerialrat hat eine Konferenz stattgefunden, an der Vertreter aller Völkerverbandsstellen teilgenommen haben und Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes und die Arbeitslosenunterstützung erstattet worden ist. In der Russ. Sozial. Fdb. Sowjetrepublik ist die Arbeitslosigkeit im Wachen begriffen. Im Oktober 1925 zählte die Arbeitslosen 600 000 Arbeitslose, am 1. April 1926 701 000, am 1. Mai 815 000, von denen 50 % Gewerkschaftsmitglieder und 20,5 % vom Lande zugewandert waren. Es ist in der nächsten Zeit nicht zu erwarten, daß die Produktion eine größere Zahl von Arbeitskräften aufnehmen wird. Deshalb sind wir bemüht zu rechnen, daß der Zustrom von Lande nachlassen wird. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen sind 20 % Arbeitslosen nur am gefüge 30 %.

Auf den Arbeitslosenbetrieben beträgt der Durchschnittslohn 55 Rubel 58 Kopfen. Im Jahre 1926/27 sind für Arbeitslosenbetriebe 4 Millionen Rubel bemittelt worden, gegen rund 9,8 Millionen im Jahre 1924/25. Die finanzielle Lage der Gewerkschaften der Arbeitslosen kann man als gestützt betrachten.

Die Arbeitslosigkeit in der Ukraine ist im letzten Jahre um 15 % gemindert. Gegenwärtig zählt man auf den ukrainischen Arbeitslosen 200 000 Arbeitslose. Im Jahre 1925/26 betrug die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften der Arbeitslosen 200 000 Personen. In den Gewerkschaften der Arbeitslosen sind etwa 28 000 Personen beschäftigt. Eine Umwandlung von Arbeitslosen in der Ukraine noch gar nicht vorgenommen worden.

In Weißrußland werden zur Zeit 220 157 Arbeitslose gezählt, davon 42 % Gewerkschaftsmitglieder, 6000 arbeiten am 1. April in den Gewerkschaften der Arbeitslosen. Der Durchschnittslohn betrug dabei 35,88 Rubel im Monat. Eine Arbeitslosenunterstützung erhalten 43,2 % aller Arbeitslosen. Die Arbeitslosen in Weißrußland arbeiten sehr schlecht. Die meisten Stellen lassen gar nichts. Das letzte Personal ist längst nicht auf der Höhe, und die Räumlichkeiten der Werken sind völlig ungenügend.

Die Konferenz beschloß, Maßnahmen zu ergreifen, um die Aktivität der Arbeitslosen zu steigern.“

Mercedes-Schule
LIEBT WEGEN IHRER SCHÖNHEIT • ANERKANNT WEGEN IHRER QUALITÄT • BEGEHRT WEGEN IHRER BILLIGKEIT
12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰
FILIEN: NEUERWALL 56, STEINDAMM 17, DAMMTORSTR. 5
REITABZUG-FABRIK-G.M.B.H.
FEBRUARF. WOODSEE 1946 U. ELBE 4870
TELEGRAMME REITABA HAMBURG.
BANK KONTOS: DEUTSCHE BANK HAMBURG
POST-SHECKK. KONTOS: HAMBURG 955
Mercedes
Eibschloss-Brauerei
Erstklassige Qualitäts-Biere
Peek & Cloppenburg
Kaufhaus für Herren-u. Knaben-Bekleidung
Hamburg Graskeller - Rödingsmarkt

